



Interviews

Datum: 23. Februar 2024

Michael Müller, SPD, im Gespräch mit Thielko Griebß

Thielko Griebß: Den Vorsitz dieser Kommission hat Michael Müller inne, SPD-Außenpolitiker und jetzt bei uns am Telefon. Guten Morgen, Herr Müller.

Michael Müller: Schönen guten Morgen! – Hallo!

Griebß: Ist der Begriff „Desaster“ angemessen?

Müller: Es kommt darauf an, woran man es misst. Ich habe das auch deutlich gemacht. Wenn man es an den Zielen misst, langfristig ein anderes Afghanistan zu organisieren, einen Staatsaufbau zu organisieren, dann muss man ganz klar sagen, dass wir daran gescheitert sind, oder man kann es auch Desaster nennen. Wenn man es daran misst, was man über 20 Jahre auch für viele Menschen erreichen konnte, was ja teilweise, soweit ich mithören konnte, in Ihrem Bericht auch dargestellt wurde, dann sind viele Dinge auch geglückt.

Griebß: Die Bundeswehr nennt 59 tote Soldaten. Welch anderer Begriff als Desaster würde einem denn da einfallen?

Müller: Das ist ein Punkt, den man nicht wegdiskutieren kann und nicht darf, und das tut auch niemand, sondern es ist das erste Mal gewesen, dass nach dem Zweiten Weltkrieg deutsche Soldaten in einem Kriegseinsatz waren. Nichts anderes war es und es hat 59 gefallene Soldaten gegeben, und das ist eine bedrückende Situation, mit der man sich auch auseinandersetzen muss, und das spielt auch eine entscheidende Rolle in unserem Bericht und auch für die Zukunft, wie gehen wir damit um, dass es so viele Opfer, so viele verwundete, traumatisierte Soldaten gegeben hat. Und Ehrlichkeit ist da zwingend der erste Baustein, um damit vernünftig umzugehen.

Griebß: Apropos Ehrlichkeit, Herr Müller. Es gibt viele Sätze in den vielen Seiten dieses Berichts. Ich zitiere mal einen Satz: „Eine fortlaufende selbstkritische Bestandsaufnahme hinsichtlich der sehr hoch gesetzten Ziele, deren Realisierbarkeit und dem dafür notwendigen Ressourceneinsatz hat nicht ausreichend stattgefunden.“ – Herr Müller, wie erklären Sie sich die Weigerung, über 20 Jahre lang nichts dazulernen zu wollen?

Müller: Sie formulieren es sehr hart! Sie müssen sehen, es gab unterschiedliche Akteure, unterschiedliche Akteure mit unterschiedlichen Rollen, die in ihrer Rolle und mit ihren Zielen auch viel erreicht haben - ich bleibe dabei – und auch viele Dinge vernünftig und gut umgesetzt und auch hinterfragt und nachgesteuert haben. Das worauf sich dieser Satz bezieht ist, dass genau diese unterschiedlichen Ziele, Lagebilder oder auch Fehleinschätzungen und Versäumnisse nicht zusammengeführt wurden zu einem einheitlichen Lagebild und das dann an einer zentralen Stelle, egal ob im Kanzleramt oder im Parlament, es nicht aufgrund einer

gemeinsamen Lageeinschätzung auch wieder zu gemeinsamen neuen Beschlüssen gekommen ist. Diese Fehleranalyse, diese Fehlerkultur hat schlichtweg gefehlt.

Grieß: Wer ist seiner Verantwortung nicht nachgekommen?

Müller: Das ist etwas, was zum Teil auch im Untersuchungsausschuss diskutiert wird. Die Enquete-Kommission hat einen anderen Auftrag. Es geht nicht darum, einen Schuldigen zu finden, sondern es geht in der Enquete-Kommission darum, im ersten Teil, den wir heute mit dem Zwischenbericht abschließen, eine Bestandsaufnahme des 20jährigen Einsatzes vorzunehmen, und es geht im zweiten Teil darum, der bis Ostern nächstes Jahr gehen wird, wo wir die Schlussfolgerung daraus ziehen, was muss strukturell, was muss in der Zusammenarbeit der Ressorts, was muss institutionell verändert werden. Schuldige suchen, das werden Sie von einer Enquete-Kommission nicht erleben.

Grieß: Ich zitiere noch einen zweiten Satz, Herr Müller. „Eine Auseinandersetzung mit der Kultur, Geschichte und Tradition in Afghanistan hat nicht in notwendigem Maße stattgefunden.“ – Das ist so ein Satz, da bleibt einem ja auch der Mund offenstehen. Wie kann das sein?

Müller: Das kann unter anderem deswegen sein, weil wir gar nicht hinreichend Zeit hatten, uns auf den Einsatz vorzubereiten, und da darf man nicht vergessen, was wir alle miteinander ohne Ausnahme weltweit für einen Schock erlebt haben. Es war der Schock des 11. September. Es war der Terroranschlag in New York. Und es ging dann sehr schnell. Da war keine monatelange Vorbereitungszeit möglich, sondern an der Seite der Amerikaner wollte man den Terror bekämpfen.

Es hat durchaus Wissen über Afghanistan gegeben, aber was wir dann vor Ort vorgefunden haben, wie Macht- und Sozialstrukturen sind, Entscheidungswege, wie die Kultur dieses Landes, die Traditionen funktionieren, das ist etwas, worauf wir uns nicht vorbereiten konnten und was dann – das ist die Kritik der Enquete-Kommission – auch wieder im Laufe der 20 Jahre nicht mehr aufgearbeitet wurde.

Grieß: Weil es keine Lernfähigkeit gibt in diesen Systemen?

Müller: Doch! Aber die Ziele haben sich offensichtlich auch immer wieder verändert. General Ramms hat das ja auch gesagt. Es begann mit dem Kampf gegen den Terror. Es folgte das Ziel eines Infrastrukturausbaus. Es folgte das Ziel eines Staatsaufbaus und diese fortlaufende sowohl Fehleranalyse wie auch Anpassung des Mandats vor Ort an neue Ziele und Gegebenheiten, das ist ein Versäumnis.

Grieß: Was bedeutet das für künftige Einsätze der Bundeswehr? Sollte man von solchen großen, hehren, hochgesteckten Zielen die Finger lassen?

Müller: Das muss nicht sein. Wenn man entsprechend sich vorbereiten kann, wenn man die eigenen Ressourcen, Ziele, Möglichkeiten hinreichend geprüft hat und der Meinung ist, man kann diese Dinge auch erreichen, dann kann man auch mit diesen großen Zielen in ein Land gehen. Das ist nicht das Thema, sondern man muss nur genau wissen, was kann man, was

will man, was kann man auch vielleicht unabhängig von anderen Partnern. Die große Abhängigkeit von den Amerikanern war ja ein weiterer Punkt, der in Afghanistan nicht wegzudiskutieren ist.

Grieß: Sich selbständig, unabhängiger machen von, ich nenne es mal zugespitzt, der kulturellen Ignoranz des amerikanischen Militärs?

Müller: Nein, die Amerikaner waren genauso unter diesem Schock in dem Land wie die anderen auch. Aber die Amerikaner haben mit einer anderen militärischen Stärke, auf die sie im Wesentlichen gesetzt haben, auch durchaus mit anderen Zielen und vor allen Dingen, muss man sagen, mit ganz anderen finanziellen Mitteln agiert, und das war auch Teil des Problems. Das was inhaltlich in der Umsetzung vor Ort mitunter nicht gut funktioniert hatte, wurde überdeckt durch wahnsinnig viel Geld.

Grieß: Das ist ein Zwischenbericht, Herr Müller, den wir hier gerade besprechen. Warum sollte die Enquete-Kommission aus Ihrer Sicht weitermachen? Was fehlt noch?

Müller: Noch einmal: Sie muss schon weitermachen, weil der Deutsche Bundestag ihr einen Auftrag gegeben hat, nämlich diesen zweiten Teil auch zu erfüllen, aus der Bestandsaufnahme die Schlussfolgerungen ziehen, und das ist die Aufgabe, die jetzt vor uns liegt. Zum zweiten ist es dringend geboten, dass so eine Enquete-Kommission weiterarbeitet, denn wir werden in Zukunft stärker international humanitär und militärisch gefordert sein bei all den Krisen der Welt, und wir müssen doch aus der Vergangenheit und Fehlern auch lernen.

Grieß: Ich frage Sie als Politiker jetzt einmal. Wäre es nicht angemessen, dass die Verantwortung für dieses, ich nenne es noch einmal, Desaster nicht irgendwie im Nebel verschwindet, sondern irgendjemand auch mal politische Verantwortung übernimmt und womöglich zurücktritt?

Müller: Und ich sage es Ihnen noch mal, dass genau das in einem anderen Gremium aufgearbeitet wird, nämlich im Untersuchungsausschuss, und dass möglicherweise Dinge dann auch vorgelegt werden vom Untersuchungsausschuss, was zu Konsequenzen führen kann, wobei man sehen muss, dass auch die meisten Akteure dieses 20jährigen Einsatzes nicht mehr in politischer Verantwortung sind.

Grieß: Und manche leben nicht mehr.

Müller: Gut, das kommt dann noch erschwerend hinzu. Aber das ist so, wenn Sie auf der politischen Seite das meinen. Aber es ist ein Punkt, wo der Deutsche Bundestag es sich ja nicht leicht macht. Es ist nicht selbstverständlich, dass solche Gremien eingerichtet werden, und das ist ein Statement, dass es dazu gekommen ist.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.